

Im Sommer 1922 nahmen mindestens 120.000 Wienerinnen und Wiener an einer Gemeinschaftsverpflegung teil, wobei zahlreiche Angestellte auch auf Gemeinschafts- und Anstaltsküchen in ihren Betrieben zurückgreifen konnten.⁴²⁵ Neben zahlreichen Banken und Gemeindebehörden verfügten z.B. die Bundesbahn, die Wiener Gaswerke, das städtische Lagerhaus und die *Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft*, um nur einige zu nennen, weiterhin über Betriebsküchen für ihre Angestellten. Sowohl die SCHWARZWALD-Küchen als auch die betrieblichen Verpflegungsangebote veranschaulichten, dass der Fortbestand der Wiener Kriegsküchen in den Nachkriegsjahren und die daraus entstandene WÖK kein Einzelphänomen blieben. »Die Zeit, da die Wiener zwischen dem häuslichen Herd und der Gasthausküche kein Zwischending kannten, ist vorüber«, erklärte das Wiener Montagblatt *Der Morgen* Ende des Jahres 1931. »Als während des großen Krieges und in den schrecklichen Jahren nachher die Lebensmittelknappheit zu methodischer Sparsamkeit zwang, kam die ›Gemeinschaftsküche‹ in Schwung, machte seitdem ihre Wandlungen durch und hat schließlich den Begriff [...d]es Speisehauses [...] in Wien populär gemacht [...].«⁴²⁶ Zu dieser Entwicklung trugen alle Speisedienstleister in Wien bei, doch von den drei größten Massenküchenbetreibern gelang es schließlich nur der WÖK, langfristig einen Platz im Alltag der Wiener einzunehmen. Die SCHWARZWALD-Küchen und die *Mittella A.G.* gerieten schon bald in finanzielle Schwierigkeiten. SCHWARZWALDS Gemeinschaftsküchenverein musste bereits im Jahr 1926 ein Ausgleichsverfahren beantragen und die Küchen ein Jahr später auf die Gemeinde übertragen.⁴²⁷ Die *Mittella A.G.* beklagte ab 1932 immer größere Verluste und ging vier Jahre später in Konkurs.⁴²⁸ Der WÖK hingegen gelang es, das alkoholfreie Reformgasthauswesen und die Schulkinderverpflegung über die Weltwirtschaftskrise und den Zweiten Weltkrieg hinaus voranzutreiben. Hierbei kam sie bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zwangsläufig nicht umhin, zumindest zeitweise zu ihren Wurzeln zurückzukehren und die Rolle als Notversorgungseinrichtung einzunehmen.

3| Die Sozialdemokratie und die Massenverpflegung

3.1 Ungleiche Rahmenbedingungen: Kommunale Sozialpolitik in Wien und Berlin

Die anhaltenden Versorgungsprobleme nach dem Krieg und die im Zuge der Inflation erneut hereinbrechende Not verlangten in Wien und in Berlin nach einem Weiterbetrieb der Massenverpflegung. Die zahlreichen internationalen Hilfsinitiativen und vor allem die US-amerikanischen Speiseaktionen für Kinder trugen darüber hinaus dazu

425 Vgl. »Drohender Streik in den Gemeinschaftsküchen«, in: *Die Rote Fahne*, 5. Juli 1922. Zum Fortbestand zahlreicher Betriebs- und Fabrikspeisungen vgl. u.a. Gemeindeverwaltung 1919–1922, S. 633 und S. 754. Darüber hinaus weisen eine Reihe von Versammlungsankündigungen und Spendenausweise in verschiedenen Wiener Tageszeitungen während der Nachkriegsjahre auf das (weitere) Bestehen zahlreicher Betriebsküchen hin.

426 »Der häusliche Herd kommt aus der Mode«, in: *Der Morgen*, 14. Dezember 1931.

427 Vgl. DEICHMANN, *Leben mit provisorischer Genehmigung*, S. 162.

428 Vgl. »Mittella A.G. in Konkurs«, in: *Der Österreichische Volkswirt* 43 (25. Juli 1936), S. 332.

bei, dass die Versorgung durch Großküchen bis weit in die 1920er Jahre im Alltag vieler Wiener und Berliner präsent blieb. Dennoch stand ein beträchtlicher Teil der Massenversorgungsangebote in direkter Verbindung mit den Stadtverwaltungen. So waren nicht nur die beiden jeweils größten Massenverpflegungsbetriebe Volksspeisung und WÖK kommunal organisierte Unternehmungen, sondern auch die umfangreichen Kinderspeisungsaktionen wurden in starkem Maße personell, materiell und auch finanziell von den städtischen Behörden unterstützt. Nach dem Rückzug der Auslandshilfe übernahmen die Städte schließlich die Verantwortung für den Fortbetrieb der Kinderverpflegung. Über diese rein formellen Gesichtspunkte hinaus hatten die Wiener und Berliner Großküchenaktivitäten nach 1918 jedoch nicht viel gemeinsam.

Obwohl beide Städte nach dem Krieg von Mangel und Not beherrscht wurden, der Hunger und die Unterernährung bis weit über den Friedensschluss und die Inflationskrise hinaus allgegenwärtig waren und es weder in Wien noch in Berlin an Bedürftigen für die öffentliche Massenküche mangelte, wurden die Wiener Massenverpflegungseinrichtungen sehr viel stärker in Anspruch genommen als die Großküchen in der deutschen Hauptstadt. Während für die wenigen (bedürftigen) Berliner, die vom öffentlichen Verpflegungsangebot Gebrauch machten, die städtische und (privat-)wohltätige Massenküche nicht mehr als ein Notbehelf in Krisenzeiten blieb, löste sich die Wiener Großküche im Verlauf der Nachkriegsjahre zunehmend vom Fürsorgecharakter für Notleidende und setzte sich als Alternative zum privaten Mittagstisch im Alltag vieler werktätiger Wiener durch. Dass der Zuspruch für die Wiener Massenverpflegung in der Nach- und Zwischenkriegszeit größer ausfiel als für die Berliner Massenküche, lag vor allem an den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen des Massenverpflegungswesens nach dem Krieg. Der Vergleich der Wiener und Berliner Großküchenversorgung bis 1918 hat gezeigt, dass die Akzeptanz der größtenteils improvisierten und vielgestaltigen Massenverpflegung in der Wiener Bevölkerung im Verlauf des Krieges zunahm.

Die gegensätzlichen Entwicklungen nach dem Krieg sind aber nicht allein auf die Ausgestaltung des Massenverpflegungswesens zwischen 1914 und 1918 zurückzuführen, sondern zu einem wesentlichen Teil auch das Ergebnis der kommunalen Sozialpolitik der Nachkriegsjahre. Nach 1918 lag diese nicht nur in den beiden Städten, sondern auch auf staatlicher Ebene in den Händen der Sozialdemokratie. Während der ersten zwei Nachkriegsjahre besaßen die Sozialdemokraten in beiden Ländern die politische Stärke, ihre sozialpolitischen Reformen im gesamtstaatlichen Rahmen umzusetzen. Sie zielten auf die Hebung des Lebensstandards und die Sicherung der privaten Reproduktion breiter Bevölkerungskreise durch den Staat. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges sowie der von den Friedensbedingungen abhängigen und somit ungewissen Zukunftsaussichten konnten die sozialdemokratischen Reformbestrebungen jedoch nur in begrenztem Maß realisiert werden. Nach dem Machtverlust auf Reichs- bzw. Bundesebene im Jahr 1920 und dem Wegfall der sozialstaatlichen Gestaltungsmacht konzentrierten die Sozialdemokraten ihr politisches Potential vor allem in den von ihnen (mit-)regierten Ländern und Gemeinden.⁴²⁹

429 Vgl. SIEDER, Reinhard: Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt a.M. 1987, S. 218. Mit Bezug auf Wien vgl. MADERTHANER, Wolfgang: »Das kommunale Experiment. Die ›Veralltäglichung‹ der Utopie?«,

Im Fall Österreichs blieb den Sozialdemokraten lediglich die Hauptstadt als soziales Experimentierfeld. Doch die Wiener Sozialdemokratie besaß hier nicht nur den benötigten machtpolitischen Freiraum, sondern mit der Trennung Wiens von Niederösterreich ab 1922 auch die partielle finanzpolitische Souveränität, um »über die Notstandsmaßnahmen und pragmatischen Notwendigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit«⁴³⁰ hinaus ihr lange geplantes kommunalpolitisches Reformprogramm auf den Weg zu bringen. Vielfach anknüpfend an den Gemeindesozialismus von Karl LUEGER und unter Führung von politisch herausragend geschulten Funktionären und Beamten veranlassten die Sozialdemokraten seit 1918 zahlreiche Gesetzesänderungen und Bestimmungen, die Wien nach und nach in eine lebenswerte Stadt verwandeln sollten.⁴³¹ Zur Behebung der sozialen Missstände drang die Wiener Gemeindeverwaltung in alle Bereiche der Reproduktion ein. Sie kümmerte sich um Gesundheit (Säuglingspaket und medizinische Prophylaxe für Kinder), Bildung (Einrichten und Vorhalten von Kindergärten, Horten, neuen Schulen und Schulformen, Erwachsenenbildung durch Volkshochschulen und -bibliotheken), Wohnen (Schaffung guter und preiswerter Wohnungen für Bedürftige, die mit infrastrukturellen Sozialeinrichtungen ausgestattet waren), Sicherstellung der Nahversorgung und Sozialleben (Schaffen und Vorhalten von Sport- und Freizeitangeboten). Die Wiener Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Wohnbaupolitik zielte damit auf eine allumfassende Betreuung der Bevölkerung von der Wiege bis zur Bahre.⁴³² »Ein ›Neuer Mensch‹, so KONRAD, »sollte durch die Politik zumindest mit geformt werden, gesund, kulturell interessiert, stolz auf die Stadt, ihr Erscheinungsbild und ihre Kultur.«⁴³³ Mit ihrem sozialen Experiment wollten die Sozialdemokraten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ein Gegenmodell des kulturellen Zusammenlebens entgegensetzen. Das Rote Wien war ein ehrgeiziges und radikales Konzept, ein »Projekt der Veralltäglicdung der Utopie«, das – gewaltsam vom Austrofaschismus zerstört – im Jahr 1934 ein abruptes Ende fand.⁴³⁴

Viele der sozialpolitischen Maßnahmen, die in der Ära des »Neuen Wiens« ergriffen wurden, zeitigten Wirkung. So reduzierte der soziale Wohnbau den Wohnungsmangel und das katastrophale Wohnungselend. Das städtische Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, das weitgehend auf dem Kriegsfürsorgewesen aufbaute, bewirkte den Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit und dämmte die Verbreitung von Infektionskrankheiten wie Tuberkulose und Syphilis ein.⁴³⁵ Die Hebung der sozialen Lebensver-

in: SCHWARZ, Werner Michael, Georg SPITALER und Elke WIKIDAL (Hg.), *Das Rote Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis*, Basel 2019, S. 24–29, hier S. 29.

430 EBD.

431 Vgl. WEIHMANN, *Das Rote Wien*, S. 9ff und S. 23. Ferner KONRAD, *Das Rote Wien* (Vortrag), S. 30f.

432 Vgl. KONRAD, *Das Rote Wien: Ein Konzept*, S. 236. DERS., *Das Rote Wien* (Vortrag), S. 34ff. Vgl. auch WEIHMANN, *Das Rote Wien*, S. 23f.

433 KONRAD, *Das Rote Wien*, S. 49.

434 Vgl. MADERTHNER, Wolfgang et al.: »Was ist das Rote Wien? Debatte«, in: SCHWARZ, Werner Michael, Georg SPITALER und Elke WIKIDAL (Hg.), *Das Rote Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis*, Basel 2019, S. 18–23, hier S. 19. KONRAD, *Das Rote Wien* (Vortrag), S. 47ff. SANDNER, Günther: *Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie*, Wien 2018, S. 29ff.

435 Vgl. PILZ, Katrin: »Mutter (Rotes) Wien. Fürsorgepolitik als Erziehungs- und Kontrollinstanz im ›Neuen Wien‹«, in: SCHWARZ, Werner Michael, Georg SPITALER und Elke WIKIDAL (Hg.), *Das Ro-*

hältnisse und insbesondere der Volksgesundheit für weite Teile der Bevölkerung verlangte zwangsläufig auch die Förderung einer nahrhaften und gesunden Ernährung. Dies beinhaltete auch den Kampf gegen den Alkoholmissbrauch, der schon lange vor dem Entstehen der Arbeiterbewegung als ein ernstes Problem der Arbeiterklasse angesehen wurde. Für die Wiener Sozialdemokraten, die im Rahmen ihres *Arbeiter-Abstinentenbundes* seit 1905 Aufklärungsarbeit leisteten und Hilfe für Alkoholabhängige anboten, stellte die Bekämpfung des Alkoholismus von Anfang an eine zentrale Aufgabe dar.⁴³⁶

Unmittelbar nach dem Krieg hatte die Wiener Gemeindeverwaltung nicht besonders viel Handlungsspielraum, um Verbesserungen im Ernährungswesen herbeizuführen, die den ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen der Zeit entsprachen. Durch die langanhaltenden Versorgungsprobleme und die Abhängigkeit von ausländischen Lebensmittellieferungen beschränkten sich die Sozialdemokraten zunächst auf die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten. Die US-amerikanische Hilfsaktion, die mit ihrem Netz von Kinderauspeisungen einer totalen Versorgungskatastrophe entgegenwirkte, wurde von allen Seiten der Wiener Stadtverwaltung tatkräftig unterstützt. Gleichzeitig wusste die Gemeinde um die Notwendigkeit von Versorgungsangeboten für Erwachsene. Bereits zum Zeitpunkt ihrer Amtsübernahme im Mai 1919 verfolgten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter das Ziel, die während des Krieges vielfach beklagten und für die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung dringend benötigten Kriegsküchen zu reformieren.

Angesichts der katastrophalen Versorgungslage, der damit einhergehenden behördlichen Hilflosigkeit und dem zugleich ständigen Kontakt der Stadtverwaltung zu den Vertretern der ARA, die mit einem gut funktionierenden Versorgungssystem arbeiteten und in direkter Verbindung mit den in Wien eintreffenden Lebensmitteln standen, war es eine Frage der Zeit, bis der Wiener Magistrat für die Organisation des Kriegsküchenwesens eine Zusammenarbeit mit den US-Amerikanern in Erwägung zog. Mit Hermann GEIST gewann die Gemeinde die notwendige Unterstützung, um die Reformierung der Kriegsküchen voranzutreiben. Das Mitwirken des in jenen Wochen allseits angesehenen »DR. GEIST«, der Tausende Wiener Kinder vor dem Verhungern rettete, verlieh dem unpopulären städtischen Kriegsküchenwesen gewissermaßen einen neuen (amerikanischen) Charakter, der nicht zuletzt im Namen des Unternehmens »Vienna Public Feeding« in Erscheinung trat. Gleichzeitig erweckte die Kooperation zwischen der Gemeinde und GEIST in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass es sich bei der Umgestaltung der kommunalen Großküchen um eine weitere Hilfsaktion der ARA handelte und die erforderlichen Lebensmittel von amerikanischer Seite zur Verfügung gestellt würden. Zu diesem Missverständnis trug auch die Wiener Presse bei, die in ihrer Berichterstattung zur Wiener Kriegsküchenreform im Herbst 1919 vielfach fälschlich von einer »Amerikanischen Kriegsküchenaktion« sprach.⁴³⁷ Tatsächlich erhielt die Stadt von Seiten der USA

te Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis, Basel 2019, S. 74–81, hier S. 75. Vgl. auch KONRAD, *Das Rote Wien* (Vortrag), S. 39.

436 Vgl. »Arbeiter-Abstinentenbund«, in: DAS ROTE WIEN. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Im Internet unter www.dasrotewien.at/seite/arbeiter-abstinentenbund (12.11.2020).

437 Vgl. hierzu exemplarisch »Die amerikanische Auspeisung«, in: *Der Neue Tag*, 14. November 1919. »Wiener Angelegenheiten. Die amerikanische Kriegsküchenaktion«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 15. November 1919. Zu späteren Richtigstellungen vgl. u. a. »Die amerikanische Kinderhilfsaktion über

weder finanzielle Mittel noch Lebensmittel. Auch wenn seine Ambitionen größere waren, beschränkte sich GEISTS Unterstützung lediglich auf die organisatorische Expertise und das Hilfsangebot zur Suche nach Lebensmittel- und Finanzquellen für die VPF.

Zur Beschaffung der erforderlichen Lebensmittel und auch mit Blick auf das fehlende Kapital für eine umfassende Umgestaltung des Kriegsküchenwesens war die Wiener Stadtverwaltung auf die staatliche Mitwirkung angewiesen. Diese wurde schließlich mit der Beteiligung des Bundes als Gesellschafter der VPF sichergestellt. Die Zusammenarbeit von Staat und Gemeinde auf dem Gebiet der Massenversorgung trug in erster Linie den schwierigen Versorgungsverhältnissen in Wien Rechnung. Da keine genauen Details über das Zustandekommen dieser städtisch-staatlichen Kooperation bekannt sind, lässt sich an dieser Stelle nur mutmaßen, inwieweit die sozialdemokratische Führung der Staatsregierung für die Gründung der Küchengesellschaft eine Rolle spielte.⁴³⁸ Ihre generelle Befürwortung der Massenküche und der grundlegende Wille zur Verbesserung des Fürsorgewesens sprechen dafür, dass es in den Reihen der Sozialdemokraten auf Bundesebene keiner großen Überzeugungskraft bedurfte. Der entscheidende Grund für das gemeinsame Vorgehen, das mit Blick auf die Versorgungs- und Fürsorgeaktivitäten während des Krieges auch kein Novum war, dürfte dennoch weniger die Parteipolitik, sondern vielmehr das Verantwortungsbewusstsein und die Sorge um das Überleben der Hauptstadtbevölkerung gewesen sein.

Trotz der schwierigen Lage, in der sich die Wiener Stadtverwaltung im Sommer und Herbst des Jahres 1919 befand, wusste sie ihren engen Handlungsspielraum voll auszunutzen und das Fortbestehen der kommunalen Massenversorgung sicherzustellen. Die – wenn auch nur kurzzeitige – US-amerikanische Unterstützung förderte in gewisser Hinsicht einen »Imagewechsel« der Kriegsküchen, der von Seiten der Bevölkerung nicht gänzlich unbeachtet geblieben sein dürfte. Mit der *Vienna Public Feeding* und später der WÖK passte die Gemeinde die Neuorganisation und Ausgestaltung der ehemaligen Kriegsküchen den Nachkriegsverhältnissen an. Gleichzeitig stellte sie zügig die Weichen für die Zukunft der Wiener Massenverpflegung. Durch die langfristig angelegte Kooperation von Stadt und Bund war die (finanzielle) Unterstützung des Staates für die WÖK gesichert. Nach dem Ende der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene konnte sich auch die Bürgerblockregierung nicht ohne weiteres aus dem Wiener Großküchenunternehmen zurückziehen.

Die Rahmenbedingungen zur Fortsetzung der Massenverpflegung in Wien waren damit gänzlich andere als in der deutschen Hauptstadt. Zwar wurden auch in Berlin unmittelbar nach dem Krieg vereinzelt Veränderungen vorgenommen, die auf eine Verbesserung des städtischen Massenverpflegungswesens zielten, doch wie im Falle Wiens

die Not in Wien«, in: *Neue Freie Presse*, 30. November 1919. »Von der amerikanischen Kinderhilfsaktion«, in: *Wiener Abendpost*, 1. Dezember 1919.

438 Franz SCHÖNFELLNER hat sich umfassend mit der Geschichte der WÖK von Seiten des Bundes befasst und die damit zusammenhängenden Bestände des Allgemeinen Verwaltungsarchivs (AT-OeStA/AVA) ausgewertet. Seiner Darstellung, die wenige Erkenntnisse zur Vorgeschichte der Gründung der WÖK liefert, sind keine Hinweise auf parteipolitische Interessen zu entnehmen. Vielmehr geht SCHÖNFELLNER davon aus, dass die Idee zur Gründung der Gesellschaft zum Zweck der Massenverpflegung von einem Mitglied der Amerikanischen Hilfsaktion ausging. Vgl. DERS., *Der Bund*, S. 148f.

stießen die vorrangig von der (unabhängigen) Sozialdemokratie verfolgten Reorganisationsbestrebungen rasch an die Grenzen des städtischen Budgets. Bis zur turnusgemäßen Neuwahl des Magistrats im Sommer 1920, die den neuen Mehrheitsverhältnissen im Stadtparlament Rechnung trug, lag die Verwaltung der kommunalen Finanzen und der Volksspeisung in den Händen derselben bürgerlichen Magistratsvertreter, die zu Kriegzeiten in Verantwortung waren. Durch ihre ernüchternden Erfahrungen in der Organisation der Massenverpflegung während der Kriegszeit und die fehlenden finanziellen Mittel stand die Stadtregierung den sozialdemokratischen Reformvorschlägen insgesamt zurückhaltend gegenüber. Bei der Lösung der drängenden sozialen Probleme nach dem Krieg nahm die von den Berlinern weitgehend verschmähte Volksspeisung einen nachgeordneten Platz ein.

Als die Sozialdemokraten die Magistratsämter endlich mehrheitlich besetzen und ihre – nicht nur auf die Volksspeisung beschränkten – Reformvorhaben auf den Weg bringen konnten, hatten sich die Bedingungen für die Reorganisation der Massenverpflegung geändert. In mehrfacher Hinsicht wurde auf dem Gebiet der Großküchenversorgung wertvolle Zeit verloren. Die Gelegenheit für eine Neuausrichtung der Massenverpflegung, die sich nach Kriegsende und durch den revolutionären Umbruch ergab, blieb ungenutzt. In den städtischen Großküchen blieb vorerst alles beim Alten. Die Berliner Volksspeisung verpasste damit die Chance, den ihr anhaftenden »Kriegscharakter« abzulegen, und erlebte in der Folge eine Fortsetzung des Besucherschwunds, der wiederum ein Schrumpfen des Großküchennetzes nach sich zog. Die Sozialdemokraten übernahmen im Sommer 1920 schließlich die übrig gebliebenen »Reste« des ehemals reichsweit größten Massenverpflegungsprojekts, dem gänzlich die Mittel zum Weiterbetrieb fehlten. Auch galt es nicht mehr nur den Großküchenbetrieb in den Alt-Berliner Bezirken sicherzustellen, sondern auch die Verwaltung und Finanzierung der verschiedenen Massenverpflegungsangebote in den jüngst eingemeindeten Vororten zu koordinieren. Hinzu kam, dass sich die Frage der Finanzierung des städtischen Unternehmens im Zuge der ERZBERGERSCHEN Finanzreform 1919/1920 zunehmend schwieriger gestaltete. Die auf den Reichsminister für Finanzen Matthias ERZBERGER (1875–1921) zurückgehende Reform zielte auf die Vereinheitlichung der Reichsfinanzverwaltung und etablierte ein neues Steuersystem, wodurch die Gemeinden und Länder einen wesentlichen Teil ihrer Steuerautonomie verloren und nun finanziell weitgehend vom Reich abhängig waren.⁴³⁹ Die mit der Neuordnung der Finanzverwaltung einhergehenden Schwierigkeiten für die Hauptstadtverwaltung wogen doppelt schwer, denn seit dem Ausscheiden der SPD aus der Reichsregierung im Juni 1920 fehlte es den Berliner Sozialdemokraten schließlich auch an entscheidungsbefugten Verbündeten auf Reichsebene, die sie materiell und ideell bei ihren sozialistischen Reformvorhaben unterstützten. In Fragen der künftigen Finanzierung der öffentlichen Massenverpflegung waren die Sozialdemokraten somit auf das Wohlwollen der bürgerlichen Regierungsvertreter angewiesen, die als Verfechter der privaten Familienmahlzeit die öffentliche Verpflegung außerhalb von akuten Notzeiten mehrheitlich ablehnten.⁴⁴⁰

439 Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 100.

440 Vgl. ALLEN, Hungrige Metropole, S. 80f. und S. 94.

Angesichts dieser organisatorischen und finanziellen Umstände sah sich die Berliner Stadtverwaltung gezwungen, die Volksspeisung in das städtische Fürsorgewesen zu integrieren, um für die bedürftigen Berliner wenigstens den Fortbestand der noch in Betrieb befindlichen Küchen und Ausgabestellen zu sichern. Die Angliederung der Volksspeisung an die städtische Wohlfahrtsdeputation im Jahr 1921 erfolgte im Einklang mit der neuen staatlichen Fürsorgepolitik nach dem Krieg und der damit verbundenen Umstrukturierung des Wohlfahrtswesens. Das traditionelle Armenrecht mit seinen ordnungspolitischen und diskriminierenden Elementen lehnte die SPD ab. Da der überwiegende Teil der durch den Krieg und seine Folgen in Not Geratenen nicht zur traditionellen Klientel der Armenpflege gehörten, förderten die Sozialdemokraten in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung ein neues Fürsorgerecht, das gleichzeitig an die Erfahrungen der staatlichen KriegsFürsorgepolitik anknüpfte.⁴⁴¹ Mit Inkrafttreten der Weimarer Verfassung im August 1919 war der neue Staat schließlich für die Regelung der gesamten Sozialpolitik zuständig. Auf Länder- und Gemeindeebene zog dies die organisatorische und verwaltungstechnische Vereinheitlichung der Fürsorgeangelegenheiten nach sich.

In der Hauptstadt verband sich die Neugliederung des Wohlfahrtswesens mit der Bildung der Stadtgemeinde Groß-Berlin. Der Größe des Stadtgebiets entsprechend entstanden drei zentrale Deputationen mit den dazugehörigen ausführenden Ämtern für Jugendfürsorge, Gesundheitsfürsorge und die (oben genannte) allgemeine Wohlfahrtspflege. Die Einrichtung der neuen Verwaltungsämter auf kommunaler Ebene schritt zügig voran, wohingegen die Einführung der reichseinheitlichen Fürsorgegesetzgebung mehr Zeit beanspruchte. Die schwierige Wirtschaftslage und die Inflation verzögerten das Inkrafttreten neuer Fürsorgeverordnungen, sodass in den Ländern und Städten bis weit in das Jahr 1924 hinein ein Durch- und Nebeneinander der sozialpolitischen Verpflichtungen und Fürsorgemaßnahmen herrschte. Während dieser ersten Phase der Weimarer Sozialpolitik bestand die Daseinsfürsorge im Wesentlichen in der Erfüllung der materiellen Grundbedürfnisse der überwiegend verarmten städtischen Bevölkerung.⁴⁴² Die Aufgabe der Kommunalverwaltungen bestand darin, die Mittel des täglichen Bedarfs verbilligt oder kostenlos bereitzustellen. Die Fürsorgemaßnahmen, die von der Wohnraumversorgung über die Abgabe von Heizmaterialien und Kleidung bis hin zur Verpflegung mit warmen Mahlzeiten reichten, wurden nach dem Dotationssystem finanziert. Danach gingen die Gemeinden in Vorleistung und bekamen einen Teil ihrer Ausgaben vom Reich erstattet. Die Subventionen waren zweckgebunden und verlangten somit ein umfangreiches Abrechnungs-, Berichts- und Vorschussverfahren, das die Verwaltung wiederum verteuerte und komplizierte.⁴⁴³ Durch die Fülle von Grundsätzen und Richtlinien wurde nicht nur die eigentliche Fürsorgearbeit stark behindert, sondern auch die Selbständigkeit der Gemeinden eingeschränkt. Die fehlende Steuerautonomie und die voranschreitende Geldentwertung erschwerten zudem die Beteiligung der Kommunen an den Kosten der Fürsorge. In dem Maße wie die Gemeinden zahlungsunfähiger wurden, betont LANDWEHR, avancierte das Reich zum

441 Vgl. DEGETHOFF DE CAMPOS, Von der Armenpflege, S. 68. Vgl. ferner LANDWEHR, Funktionswandel, S. 92.

442 Vgl. WIRSCHING, Weimarer Republik, S. 27. KLUGE, Weimarer Republik, S. 57.

443 Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 100.

alleinigen Träger der sozialen Fürsorge.⁴⁴⁴ Dadurch gerieten der Umfang und Fortbestand kommunaler Fürsorgemaßnahmen wie der Berliner Volksspeisung abermals in Abhängigkeit vom staatlichen Unterstützungswillen.

Die mit der Eingliederung der Volksspeisung in das Wohlfahrtswesen verbundene Hoffnung der Berliner Stadtverwaltung, eine dauerhafte Finanzierung der städtischen Großküchenversorgung sicherzustellen, erfüllte sich nicht. Bereits Anfang 1922 spitzten sich die finanziellen Engpässe Berlins bei der Aufrechterhaltung des Verpflegungsangebots zu. Nur wenige Wochen nach der Eingliederung des Volksspeisungswesens in die Wohlfahrtsdeputation sah sich der Magistrat entgegen des eigenen Fürsorgeanspruchs gezwungen, die baldige Schließung der Küchen anzukündigen. Dass an der Volksspeisung schließlich doch festgehalten wurde, gibt zu erkennen, wie sehr der Stadtregierung daran gelegen war, die Verpflegung der Bedürftigen nicht aufzugeben. Obwohl nur ein paar Tausend Berliner von der Volksspeisung Gebrauch machten, zog die Stadtverwaltung alle verfügbaren Quellen zur Finanzierung heran, um den kostspieligen Betrieb des Küchensystems aufrechtzuerhalten. Der Stadt gelang es damit, das Volksspeisungsunternehmen gerade so über Wasser zu halten. An einen Ausbau des Küchennetzes, wie er später von Seiten der preußischen Behörden auf dem Höhepunkt der Inflation noch einmal gefordert wurde, war zu keinem Zeitpunkt zu denken. Der langjährige und unvermeidliche Verfall der Berliner Großküchen und die geschwundene Zahl der nach dem Krieg verbliebenen Küchengäste gaben der Stadtverwaltung außerdem zu erkennen, dass die Masse der bedürftigen Berliner mit dem bestehenden Küchensystem auch in akuten Notzeiten nicht mehr für die Volksspeisung zu gewinnen war. Der von den Berliner Sozialdemokraten im Herbst 1923 unternommene Versuch, die Volksspeisung für größere Kreise der notleidenden Bevölkerung zu öffnen, war Makulatur. Die SPD investierte ihr Engagement mittlerweile in andere aussichtsreichere Massenverpflegungsprojekte, die durch die »Selbsthilfe der Arbeiterschaft« und der Auslandshilfe ins Leben gerufen worden waren.⁴⁴⁵ Vor allem die Quäkerspeisung, die die öffentliche und freie Wohlfahrtspflege auf außerordentliche Weise zusammenführte⁴⁴⁶, war auf dem besten Weg, der Etablierung der lange geforderten Schulspeisung auf gesamtstaatlicher Ebene zum Durchbruch zu verhelfen.

Mit ihrer Auffassung, dass die Kinderspeisung zum festen Bestandteil der deutschen Wohlfahrtspolitik werden sollte, war die SPD Anfang der 1920er Jahre nicht mehr allein. Bis in die Kreise der bürgerlichen Regierung hinein gab es Vertreter, die das Verpflegungsprogramm als »dauerhafte Bereicherung der deutschen Jugendwohlfahrt«⁴⁴⁷ lobten. Nach dem bis 1924 bestehenden Finanzierungsmodus der Reichsfürsorgepolitik stand der staatlichen Weiterführung der Schulverpflegung faktisch nichts mehr im Weg. Der Staat und die Gemeinde kamen gemeinsam für jene Kosten auf, die mit den Mitteln

444 Vgl. EBD.

445 Vgl. EIFERT, Frauenpolitik, S. 80.

446 So urteilten einige Zeitgenossen, die sich mit den Auswirkungen der Auslandshilfe auf die deutsche Fürsorgelandschaft auseinandersetzten. Vgl. hierzu z.B. VÖHRINGER, Gotthilf: »Kinderspeisung als gemeinschaftliche Arbeit der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege«, in: HENRIQUES, Clara, Kinderspeisung, Weimar 1926, S. 129–134.

447 Vgl. ALLEN, Hungrige Metropole, S. 89.

aus dem Ausland nicht gedeckt wurden. Doch die mit dem Dotationssystem verbundenen bürokratischen Probleme und die zunehmende Finanzschwäche der Gemeinden verlangten nach einer Fürsorgegesetzgebung, die diese Schwierigkeiten im Interesse eines funktionierenden Wohlfahrtswesens beseitigte. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 leitete die Reichsregierung eine Neuordnung der Fürsorge ein. Die Regierung konnte dadurch nun alle erforderlichen Maßnahmen treffen, die der Not in der Bevölkerung entgegenwirkten. Am 14. Februar 1924 erließ sie die *Dritte Steuernotverordnung*, die die Fürsorge zur Sache der Länder erklärte und den Gemeinden wichtige Steuerquellen zurückgab.⁴⁴⁸ Mit der am 1. Januar 1925 in Kraft getretenen *Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht* war die Selbstverwaltung der Kommunen in Fürsorgeangelegenheiten wiederhergestellt. Zugleich wurde die finanzielle Beteiligung des Reiches aufgehoben. Zu Beginn der Währungsstabilisierung, als das ganze Ausmaß der sozialen Folgen des Krieges und der Inflation vollends sichtbar wurde und die Fürsorgelasten rapide zunahmen, waren die Gemeinden in Fragen der Fürsorgefinanzierung auf sich allein gestellt. Durch die rasch zunehmende Zahl der Fürsorgeempfänger stiegen die finanziellen Anforderungen der Berliner Stadtverwaltung. Zur Mitte des Jahres 1924 waren rund sieben Prozent der Groß-Berliner Bevölkerung unterstützungsbedürftig und hierbei wurden die Angehörigen der Fürsorgeempfänger noch nicht mitgerechnet.⁴⁴⁹ Die Zahl der Berliner, die auf öffentliche Hilfen angewiesen waren, betrug demnach mehrere Hunderttausend und lag damit weit über dem, was die Stadt finanziell zu leisten imstande war. Trotz seiner bis Mitte der 1920er Jahre wiedergewonnenen Position als bedeutendste Wirtschaftsmetropole Deutschlands und der damit einhergehenden wachsenden Zahl der Unternehmen, die sich im Groß-Berliner Raum niederließen und der Stadt beträchtliche Steuereinnahmen bescherten, überwogen in Berlin die sozialen Lasten.⁴⁵⁰ Dies war im Wesentlichen auf den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zurückzuführen, der u. a. eine Kürzung der Berliner Steueranteile an der Reichseinkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer zugunsten anderer Gemeinden zur Folge hatte. Zur Durchführung ihrer sozialpolitischen Maßnahmen war die deutsche Hauptstadt gezwungen, beträchtliche Kredite und Auslandsanleihen aufzunehmen, die wiederum eine enorme Schuldenlast nach sich zogen. Auch in den Jahren nach 1924 nahm der Umfang der Unterstützungsbedürftigen kaum ab, was auch auf den ungebrochenen Sog der Zuwanderung zurückzuführen war. Jährlich strömten zwischen 80.000 und 100.000 Menschen nach Berlin und viele von ihnen waren nicht sofort in der Lage, einem Erwerb nachzugehen und sich selbst (und ihre Familie) zu erhalten.

Wie schwer es der Hauptstadt fiel, auf das vorherrschende Elend und die sozialen Nöte in der Bevölkerung zu reagieren, zeigte sich in aller Deutlichkeit auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Nach rund einem Jahrzehnt ruhender Bautätigkeit und zunehmendem Verfall vieler Berliner Wohnungen war die Versorgung mit quantitativ und quali-

448 Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 100ff.

449 Vgl. EBD., S. 108. Ferner BÜSCH, Das neue Groß-Berlin, S. 87f.

450 Vgl. KÖHLER, Berlin, S. 852. Hierzu und zur Finanzlage Berlins nach 1923 vgl. ausführlich BÜSCH, Das neue Groß-Berlin, S. 82ff.

tativ ausreichendem Wohnraum mehr denn je ein zentrales Problem der Stadt.⁴⁵¹ Vollkommen zu Recht stand der soziale Wohnungsbau und die mit ihm verbundene Verbesserung der Wohnkultur auch bei den Sozialdemokraten in Berlin weit oben auf der kommunalpolitischen Agenda. Unterstützt durch Subventionen sollten gemeinnützige Bau-genossenschaften für neue, bessere und bezahlbare Wohnungen sorgen. Nachdem der Wohnungsbestand ab Anfang des Jahres 1922 kontrolliert und freigewordene Wohnungen nach Dringlichkeit vergeben wurden, entstanden seit 1924 auch vermehrt Neubausiedlungen mit einigen Tausend Wohnungen. In keiner anderen deutschen Stadt wurde in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik (1924–1929) so viel und vielfältig gebaut wie in Berlin und doch führte die städtische Wohnungspolitik kaum Verbesserungen in den Wohnverhältnissen der Berliner herbei.⁴⁵² Die Mieten der neuen Wohnungen waren trotz städtischer Zuschüsse nur für die wenigsten Berliner erschwinglich. Viel entscheidender war jedoch, dass der Stadt ganz einfach die finanziellen Mittel fehlten, um dem stetig wachsenden Wohnungsbedarf angemessen zu begegnen. Entgegen aller Bemühungen blieben die Wohnungsnot und das Elend in den düsteren Berliner Mietskasernen dauerhaft ungelöste Probleme. Genauso wie die Wohnungsfürsorge war auch die öffentliche Wohlfahrtspflege in Berlin von einer unzureichenden Leistungsfähigkeit gekennzeichnet.⁴⁵³ Die Stadtverwaltung wendete Millionenbeträge für Fürsorgemaßnahmen auf und dennoch hielten das Kinderelend und die Verwahrlosung weiter Teile der Bevölkerung weiter an.

Die staatlichen Vorgaben zur Regulierung der Fürsorge und die Übertragung der Kostenlasten der Fürsorge auf die Gemeinden engten die lokalen Gestaltungsspielräume im Wohlfahrtswesen stark ein.⁴⁵⁴ Die den Gemeinden zur Pflichtaufgabe gemachten Fürsorgemaßnahmen belasteten die städtischen Haushalte derart, dass das Vorantreiben aller lokalen Wohlfahrtsaktivitäten, die vom staatlichen Regulierungsdruck unberührt blieben, geradezu unmöglich war. Da die Einbindung der Ernährungsfürsorge in die Fürsorgemaßnahmen der staatlichen Sozial-, Gesundheits- und Jugendpolitik weitgehend ausblieb, stand es langfristig auch schlecht um die Fortsetzung und den Ausbau der Schulspeisung.⁴⁵⁵ Die Reichsbehörden sahen sich nicht in der Verantwortung zur (Mit-)Finanzierung des deutschen Schulspeisewesens und überließen die Ernährungsnot großstädtischer Kinder den Gemeinden. Solange die Schulkinderverpflegung zur Hälfte mit Spendengeldern aus dem Ausland finanziert wurde, waren Berlin und viele andere Städte noch in der Lage, die Kosten zu bewältigen. Seit dem Ausbleiben der Auslandsmittel ab 1926 war der Weiterbetrieb der Schulspeisung dauerhaft gefährdet. Dass der Weimarer Wohlfahrtsstaat noch bis 1928 Zuschüsse gewährte, lag in erster Linie an der Hartnäckigkeit zahlreicher Gemeinden und der Sozialdemokraten, die auf

451 Vgl. hierzu und den folgenden Ausführungen DEMPS, Licht, S. 39f. WEIPERT, *Das Rote Berlin*, S. 179f. Ferner BÖß, Gustav: *Berlin von heute. Stadtverwaltung und Wirtschaft*, Berlin 1929, S. 120ff.

452 Vgl. KÖHLER, *Berlin*, S. 863ff. Sowie BISKY, *Berlin*, S. 475.

453 Vgl. ENGELI, Christian: »Gustav Böß: Oberbürgermeister von Berlin 1921–1930«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 20 (2020), S. 22–31, hier S. 29.

454 Vgl. RUDLOFF, Wilfried: »Die kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Zeit«, in: MANN, Thomas und Günter PÜTTNER (Hg.), *Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis*, Band 1, Berlin 2007, S. 93–118, hier S. 105.

455 Vgl. ALLEN, *Hungrige*, S. 93f.

Reichsebene unentwegt um finanzielle Unterstützung für den Fortbestand der Schulspeisung kämpften. Am Ende war es dennoch der gemeinhin fehlende Beistand des Reiches, der die Verankerung der Schulspeisung im Berliner Wohlfahrtssystem verhinderte. Keith ALLEN zufolge unterminierte das (ausbleibende) Handeln der Reichsbehörden die Anstrengungen der Gemeinden nicht nur in finanzieller Hinsicht. Angesichts der enormen Sozialausgaben auf kommunaler Ebene habe das Ausbleiben der staatlichen Unterstützung auch die Stimmen derjenigen gestärkt, die den gesellschaftlichen Nutzen der öffentlichen Speisung von Kindern in Frage stellten. »Die Beschwörung des häuslichen Mittagmahls als wichtiges Unterpfand sozialen Friedens«, so ALLEN, »war auch in der Weimarer Nachkriegszeit nicht zu überhören, und sie ließ sich weiterhin trefflich gegen den Ausbau der Schulspeisung einsetzen, gerade wenn die Mittel fehlten.«⁴⁵⁶ Trotz aller Bemühungen der Schulspeisungsbefürworter verpasste Deutschland letztendlich die Gelegenheit, das von den Quäkern in Berlin und anderen Städten geschaffene Potenzial der Kinderspeisung langfristig auszunutzen. Somit blieb auch die Verpflegung der (bedürftigen) deutschen Schulkinder nur eine Episode der Nachkriegszeit.

In Anbetracht des höheren Stellenwertes, den die Massenverpflegung in Wien – im Vergleich zu Berlin – nach dem Krieg einnahm, ist es kaum überraschend, dass die Entwicklung der Schulspeisung in der österreichischen Hauptstadt einen anderen Verlauf nahm. Die tägliche Verpflegung der Schulkinder erlangte Anfang der 1920er Jahre nicht nur im sozialdemokratisch regierten Wien, sondern in der ganzen Alpenrepublik an Bedeutung und wurde zur Pflichtaufgabe von Bund und Gemeinden. Auch in Österreich gab es vereinzelt Stimmen, die sich gegen die Schulverpflegungspläne der Regierung richteten, indem sie die mit dem Schulesen verbundene Entfremdung der Kinder aus dem Elternhaus und dem Familienleben heraufbeschworen. Doch angesichts der verbreiteten Unterernährung der Kinder bewirkten die ablehnenden Agitationsversuche recht wenig.⁴⁵⁷ Dies lag mitunter an der Tatsache, dass die Übernahme der Kinderspeisung durch die österreichischen Behörden zu einem früheren Zeitpunkt einsetzte als in Deutschland.

Im Sommer 1922 wies der Ernährungszustand der meisten Kinder nach wie vor enorme Defizite auf, weshalb die gesetzliche Schulspeisung von der Mehrheit der Bevölkerung und der Politik als berechtigt anerkannt wurde. Relevant für den verbreiteten Zuspruch vieler politischer Entscheidungsträger waren mit großer Wahrscheinlichkeit auch die in Aussicht gestellten Auslandsmittel zum Zweck der Schulspeisung. Ihre Auszahlung war schließlich von der Verabschiedung des Schülerspeisungsgesetzes abhängig. Für die Entwicklung der Schulspeisung in Wien waren die verbreiteten Ansichten und Vorgänge auf Bundesebene jedoch kaum von Belang. Die sozialdemokratische Gemeindevertretung fasste frühzeitig und ungeachtet aller finanziellen Schwierigkeiten den Entschluss, nicht nur die Schul-, sondern auch die Kleinkinderspeisung ohne fremde Beihilfen fortzusetzen. Lange vor der Verabschiedung des österreichischen Schülerspeisungsgesetzes wurde die vollständige Übernahme und

456 EBD., S. 94. Vgl. auch LÜDTKE, Alf: »Hunger in der Großen Depression. Hungererfahrungen und Hungerpolitik am Ende der Weimarer Republik«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 27 (1987), S. 145–176, hier S. 166f.

457 Vgl. PIRQUET, Schülerspeisung, S. 358.

Finanzierung der Kinderverpflegung durch die Gemeinde vorbereitet. Entscheidende Faktoren für die ausschließlich kommunale Fortführung des US-amerikanischen Verpflegungsprogramms waren die Steuerautonomie Wiens und das bis 1922 ausgebaute Großküchennetz der WÖK. Die österreichische Hauptstadt verfügte nicht nur über die dringend erforderliche Infrastruktur für die selbständige Organisation der Schulspeisung, sondern besaß auch einen unerschütterlichen Willen zur Selbsthilfe. Die Enthaltung Wiens bei der Abstimmung zum Schülerspeisungsgesetz und der damit einhergehende Verzicht auf die Auslandsmittel hatte eine beträchtliche Verminderung der von den Amerikanern angekündigten Hilfsgelder zur Folge. Die konservativ regierten Länder reagierten mit Unverständnis auf das Vorgehen der Hauptstadt und missbilligten das Wiener Verhalten als »Protzerei«. ⁴⁵⁸ Dies war einmal mehr Ausdruck der allgemein vorherrschenden Unstimmigkeiten und Gegensätze zwischen den »Roten« in Wien und den Bürgerlich-Konservativen im ländlichen Österreich. Während die Christlichsozialen der Wiener Gemeindeverwaltung Undankbarkeit gegenüber der US-amerikanischen Hilfe unterstellten und ein Scheitern des Wiener Alleingangs prophezeiten, werteten die Sozialdemokraten ihre angestrebte Unabhängigkeit bei der Fortsetzung der Kinderspeisung als »die schönste Form der Dankbarkeit«, denn sie bedeutete das lang ersehnte Ende des »ewigen Bettelns«.

Das »Rote Wien« bewies, dass es auf eigenen Beinen stehen konnte. Die Wiener Schulspeisung, die darauf abzielte, dass »kein hungriges Kind auf der Schulbank sitzt und infolge seines Hungers dem Unterricht nicht folgen kann« ⁴⁵⁹, reihte sich ein in die Liste der Errungenschaften der sozialistischen Gemeindeverwaltung. Im Schuljahr 1924/25 erhielten im Durchschnitt mehr als 13.000 Schulkinder und etwa 3.500 Kleinkinder täglich ein warmes Mittagessen. ⁴⁶⁰ Fast zwei Drittel der Mahlzeiten wurden kostenlos ausgegeben. Diese Versorgungsquoten blieben bis in die frühen 1930er Jahre hinein nahezu konstant. ⁴⁶¹ Gemeinsam mit der WÖK etablierten die Wiener Sozialdemokraten auch für die jüngsten Stadtbewohner eine außerhäusliche Esskultur, die nicht nur der Hebung der Volksgesundheit diene, sondern auch Teil des Erziehungs- und Bildungsprogramms der städtischen Kulturpolitik war. ⁴⁶² Schließlich waren die im Rahmen der Schulspeisung vermittelten Aspekte wie Ordnung, Hygiene, Genauigkeit und Gleichberechtigung pädagogische Leitziele, die zur Formung des »Neuen Menschen« beitrugen. Nahezu zehn Prozent aller Wiener Schüler kamen gegen Ende der 1920er

458 Vgl. »Das stolze Wien«, in: *Fremden-Presse*, 11.-17. Juli 1922. »Kinderbettel und Auslandskredite«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 15. August 1922.

459 »Die Frau in der sozialistischen Gemeinde«, in: *Vorwärts*, 24. Oktober 1925.

460 Vgl. »Kein bedürftiges Wiener Kind ohne Mittagessen«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 22. August 1925. Die Zahl der täglich versorgten Schulkinder basiert auf der Gesamtzahl der verabreichten Mittagessen (rund 3,4 Millionen Mittagessen zwischen Juli 1924 und Anfang Juli 1925) und der Anzahl der Schultage (rund 250). Vgl. auch TANDLER, Die Fürsorgeaufgaben, S. 409.

461 Vgl. Die Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1929 bis 31. Dezember 1931 unter dem Bürgermeister Karl Seitz, hg. vom MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien 1949, S. 277f. Sowie Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1930–1935, hg. von der MAGISTRATS-ABTEILUNG FÜR STATISTIK, Wien 1935, S. 66.

462 Vgl. HÖRANDNER, Zur Rolle, S. 87. Vgl. ferner PIRQUET, Schülerspeisung, S. 359. ULREICH, Alois: »Die Speisegemeinschaft«, in: *Die Zeit*, 20. Februar 1919.

Jahre in den Genuss der Schulspeisung. Damit setzte die Wiener Stadtverwaltung den Schulverpflegungsbetrieb zwar nicht in der Dimension der unmittelbaren Nachkriegszeit fort, wie WEIGL darlegt, doch im direkten Vergleich zu anderen Städten besaß Wien nach wie vor eine hohe Versorgungsdichte.⁴⁶³ Zum Vergleich: In Berlin erhielten nur rund zweieinhalb Prozent der Schulkinder ein warmes Mittagessen – die überwiegende Berliner Frühstücksversorgung bleibt hierbei unberücksichtigt. Dahingehend waren die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung während des ersten Jahrzehnts der selbständigen Durchführung der Kinderausspeisung beachtlich.

Unerwähnt bleiben darf aber auch nicht, dass diese erfolgreiche Bilanz nicht gänzlich aus eigener Kraft gelang. Zwar beabsichtigte die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung die autarke Organisation der Wiener Schulspeisung, doch durch die Mitwirkung der WÖK konnte das Versorgungsunternehmen nicht vollkommen losgelöst von staatlicher Beihilfe durchgeführt werden. Erst 1940 wurde die Stadt alleiniger Gesellschafter der WÖK.⁴⁶⁴ Gleichwohl darf der Beteiligung des Bundes an der Wiener Küchengesellschaft nicht allzu viel Gewicht beigemessen werden. Nicht ohne Grund war im Wien der 1920er Jahre häufig von der »roten WÖK« die Rede. »In der Praxis«, bemerkt SCHÖNFELLNER, »hatte die Gemeinde den weit größeren Einfluß, was etwa auch darin zum Ausdruck kam, daß oft der Wiener Bürgermeister den Vorsitz bei Generalversammlungen übernahm [...]«. ⁴⁶⁵ Die WÖK, die im Jahr 1930 mit neun Millionen ausgegebenen Portionen ihren Höhepunkt erreichte, war zweifellos eine »Wiener Kommunalleistung«. ⁴⁶⁶ Sie hatte ihren Ursprung im kommunalen Kriegsküchenwesen und war nicht einfach nur ein Produkt der Wiener Nachkriegsnot, sondern das Ergebnis der sozialdemokratischen Entschlossenheit, das kommunale Massenverpflegungswesen trotz aller materiellen Probleme nicht aufzugeben. Die Anerkennung als Kommunalleistung verdiente sich das Küchenunternehmen aber nicht allein durch seine Entstehungszusammenhänge. Noch bedeutender war der Werdegang der WÖK im Jahrzehnt nach dem Krieg. Mit der steten Orientierung an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der damit einhergehenden Anpassungsfähigkeit verwandelte die WÖK die unbeliebten städtischen Kriegsküchen in Gemeinschafts- und Reformküchen, deren Speiseangebote ernährungswissenschaftlich auf der Höhe der Zeit waren und von den Wienern gerne in Anspruch genommen wurden. Es war die sozialdemokratische Stadtregierung, die »ihre« WÖK zum »Herzeigbetrieb« formte, der, wie HÖRANDNER treffend formuliert, den weltberühmten Wiener Gemeindebauten in nichts nachstand.⁴⁶⁷

463 Vgl. WEIGL, Vom Versorgungsfall, S. 231.

464 Vgl. SCHÖNFELLNER, Der Bund, S. 171.

465 EBD., S. 152. Vgl. auch HÖRANDNER, Zur Rolle, S. 87.

466 Vgl. EBD., S. 87. Ferner »Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft (WÖK)«, in: DAS ROTE WIEN. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Im Internet unter: www.dasrotewien.at/seite/wiener-oeffentliche-kuechenbetriebsgesellschaft-woek (11.04.2020).

467 Wie die kommunalen Wohnbauprojekte wurden auch die Einrichtungen der WÖK im Roten Wien von Delegationen aus der ganzen Welt besichtigt. Vgl. HÖRANDNER, Zur Rolle, S. 86.

3.2 »Rationalisierung« des Familienalltags? Die Nachkriegsfamilie und die Gemeinschaftspflege

Mit ihren Maßnahmen auf dem Gebiet der städtischen Massenverpflegung versuchten die sozialdemokratischen Parteien in Wien und Berlin seit Kriegsende auf eine Verbesserung der Ernährungs- und Versorgungsverhältnisse hinzuwirken. Die Förderung der städtischen Großküche war in erster Linie eine Fürsorgemaßnahme. Doch die besondere Entwicklung der WÖK gibt zu erkennen, dass das Massenverpflegungswesen über seine fürsorglichen Ziele hinaus auch Bestandteil der sozialdemokratischen Rationalisierungspolitik der Nachkriegszeit war.⁴⁶⁸ Zentrale Themen der Reformpolitik der Sozialdemokraten waren das Familienleben und die Probleme der familiären Alltagsorganisation. Damit rückten die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Leben in den Mittelpunkt der Rationalisierungsanstrengungen.⁴⁶⁹

Mit dem Krieg veränderte sich das Zusammenleben in vielen Familien. Kriegshinterbliebene waren gezwungen, sich mit der veränderten Familienkonstellation zu arrangieren und den Verlust des Familienernährers zu kompensieren. Die Familien der physisch und psychisch beeinträchtigten Kriegsheimkehrer mussten lernen, mit der neuen Familiensituation umzugehen. Neben diesen langfristigen Folgen für die Familien bewirkte der Krieg außerdem einen kurzzeitigen Rückgang der Heirats- und Geburtenzahlen und einen Anstieg der Scheidungen. Da diese drei Trendindikatoren im Verlauf der 1920er Jahre wieder in die langfristigen Entwicklungslinien zurückschwenkten, markierte der Erste Weltkrieg, wie Christopher NEUMAIER darlegt, zwar aus individueller Perspektive vielfach einen erheblichen Einschnitt, doch mit Blick auf die soziostrukturellen Veränderungen keine langfristig messbare Zäsur.⁴⁷⁰ Anders als von vielen Zeitgenossen wahrgenommen, erlebte die Familie als soziale Institution und Beziehungsgeflecht in den Nachkriegsjahren schichtenübergreifend eine hohe Wertschätzung, wobei das bürgerliche Familienideal mit seiner ordnungsstiftenden und das Gefühl von Sicherheit vermittelnden Funktion nach wie vor eine starke Strahlkraft besaß. Das sich daran orientierende Familienmodell der »respektablen Arbeiterfamilie«, das in der Kaiserzeit noch hauptsächlich für die bessersituierte gelernte Arbeiterschaft erreichbar war, rückte nun auch für die ungelerten und unständig beschäftigten Arbeiter in greifbare Nähe.⁴⁷¹ Dennoch hatte die Lebensrealität der Mehrheit der Arbeiterfamilien nach wie vor nur wenig mit dem bürgerlichen Familienleitbild gemein. Durch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges und der Inflation war es den wenigsten Berliner und Wiener Familien möglich, das Familienleben nach traditionellen Regeln von einem Einkommen zu bestreiten.⁴⁷² Dies galt nicht nur für das Proletariat, sondern auch für zahlreiche Mittelstandsfamilien, für die sich die Rückkehr zur alten Rollenverteilung der Geschlechter

468 Vgl. DÖRRE, Lucy: »Die Verschwendung in der Wirtschaft«, in: *Frauenstimme*, 3. September 1925. SONNLEITNER, Seraphine: »Die Reform der Hauswirtschaft«, in: *Arbeiterinnen-Zeitung* 4, 28. Jg. (18. Februar 1919), S. 3–4.

469 Vgl. YAZDANPANAH/DUMA: Die »neue Frau«, S. 293.

470 Vgl. NEUMAIER, Familie, S. 82.

471 Vgl. EBD., S. 96. SIEDER, Sozialgeschichte, S. 221.

472 Vgl. DEMPS, Licht, S. 42.

nicht minder schwierig gestaltete. Der Überhang an unverheirateten und verwitweten Frauen sowie die durch die Nachkriegsarbeitslosigkeit häufig hervorgerufenen familiären Notsituationen trugen dazu bei, dass mehrere Familienmitglieder, oftmals auch die Töchter und Mütter, zur Existenzsicherung der Familie beitrugen.⁴⁷³ Obwohl die Frauenerwerbsquote in beiden Städten nur geringfügig höher ausfiel als vor dem Krieg, nahmen die Zeitgenossen doch eine »stärkere Berufsanspannung« der Frauen wahr.

Infolge des Krieges verschob sich die weibliche Erwerbsarbeit weg von der isolierten heimischen Frauenberufstätigkeit hin zu öffentlich wahrnehmbaren Tätigkeiten in den Fabriken, Büros und Warenhäusern.⁴⁷⁴ Die häusliche Abwesenheit der Frauen hatte Auswirkungen auf den familiären Alltag. Mit ihr verlagerte sich nicht nur die Mittagsmahlzeit zwangsläufig für immer mehr Personen außer Haus. Für die Frauen als »Basis der familiären Notökonomie« bedeutete diese Entwicklung auch eine enorme Mehrbelastung. »Die wirtschaftliche Notlage erforderte,« resümiert TORP mit Blick auf die Lebensrealität der Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, »dass die Frau nicht nur mitverdiente, sondern vor allem durch hauswirtschaftliche Leistungen die Unsicherheiten der proletarischen Existenz abfing.«⁴⁷⁵ Dieser Dreifachbelastung aus Berufsarbeit, Haushaltsführung und Kindererziehung entgegenzuwirken, war ein erklärtes Ziel der sozialdemokratischen Wohlfahrtspolitik der Nach- und Zwischenkriegszeit.

Die Sozialdemokraten betrachteten die veränderten sozialen und familiären Verhältnisse nach dem Krieg als Chance, die vorherrschenden patriarchalisch-autoritären Familienstrukturen zu überwinden und im Zuge dessen emanzipatorische und moderne Familienkonzepte zu etablieren.⁴⁷⁶ Die sozialdemokratische »Familialisierungspolitik« orientierte sich am Leitbild der »modernen Kleinfamilie« und zielte darauf ab, die Sicherung der privaten Reproduktion breiter Bevölkerungskreise durch eine »Modernisierung« und »Rationalisierung« des Familienalltags zu erreichen. Vor allem der linke Flügel und die Führerinnen der Sozialdemokratie forderten eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Ehe- und Familienkonstellation. Sie befürworteten die Frauenerwerbsarbeit und setzten auf eine Reform der Hausarbeit, mit der die weibliche Berufstätigkeit mit den familiären Verpflichtungen besser vereinbart werden sollte. Die sozialdemokratische Frauenzeitschrift *Die Gleichheit* sprach sich auf BEBEL bezugnehmend für die »Beseitigung der Privatküche« aus und betonte die damit einhergehende »ungeheure Erleichterung« unzähliger Frauen.⁴⁷⁷ Die Befreiung der erwerbstätigen Frau von der Hausarbeit forderte auch die Wiener Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin Therese SCHLESINGER (1863–1940). Diese sei nur durch »die Ueberwindung des unratio-

473 Vgl. SCHMIDLECHNER, *Die neue Frau*, S. 96. Sowie BREUSS, Susanne: »Neue Küchen für neue Frauen. Modernisierung der Hauswirtschaft im Roten Wien« in: SCHWARZ, Werner Michael, Georg SPITALER und Elke WIKIDAL (Hg.), *Das Rote Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis*, Basel 2019, S. 242–245, hier S. 242. HÖRANDNER, *Zur Rolle*, S. 88.

474 Vgl. LEICHTER, *Die Entwicklung*, S. 29.

475 TORP, *Konsum*, S. 71.

476 Vgl. NEUMAIER, *Familie*, S. 88. Für die folgenden Ausführungen vgl. auch HAGEMANN, *Frauenalltag*, S. 641.

477 Vgl. »Genossenschaftliche Organisation zur Erleichterung der Hausarbeiten«, in: *Die Gleichheit* 11, (28. Februar 1919), S. 86–87, hier S. 87. Vgl. auch BEBEL, *Die Frau und der Sozialismus*, S. 1130f.

nellen, Zeit, Kraft und Material verschwendenden proletarischen Einzelhaushalts«⁴⁷⁸ zu erreichen.

Rechte Vertreter der Sozialdemokratie gingen nicht so weit und orientierten sich stärker am bürgerlichen Familienmodell. Aus ihrer Sicht sollte sich innerhalb der Arbeiterschaft die mutterzentrierte Familie etablieren, wonach die Ehefrau keiner Erwerbstätigkeit nachgehen musste und als rationell wirtschaftende Hausfrau und pädagogisch aufgeklärte Erzieherin ihrer Kinder den bis dahin in vielen Arbeiterfamilien vermeintlich vorherrschenden Mangel an Liebe, Kultur und Ordnung behob.⁴⁷⁹ Alle Vertreterinnen und Vertreter der sozialdemokratischen Parteien einte jedoch der Gedanke, »die Arbeiterfamilie von jenen Überlastungen zu befreien, die eine Emotionalisierung der Ehegatten- und Elternkindbeziehung nach bürgerlichem Vorbild zu behindern schienen.«⁴⁸⁰ Die Arbeiterfrauen sollten ihre Zeit und Kraft auch »höheren« Aufgaben wie Bildung, politischem Engagement und Kindererziehung widmen können. Zudem galt die Hauswirtschaft, so die Wiener Kulturhistorikerin Susanne BREUSS, auch unter den Sozialdemokraten gemeinhin als »natürlicher« Beruf der Frau. Gleichwohl hatten sich die Frauen von überkommenen Traditionen zu lösen. Sie sollten sich stattdessen an den veränderten Rollenanforderungen orientieren und sich als Akteurinnen gesellschaftlicher Modernisierung verstehen.⁴⁸¹

Das erklärte Ziel der Sozialdemokratie war es, mit ihrer sozialen Reform- und Wohnungspolitik eine Erleichterung der Hausfrauenarbeit zu erreichen. Im Rahmen der sozialen Wohnbautätigkeit, mit der ausreichender Wohnraum geschaffen und die hygienischen Verhältnisse in den vorhandenen Wohnungen verbessert werden sollten, wurden mittels durchdachter Raumorganisation und moderner haus- und haushaltstechnischer Ausstattung rationell und technisch auf den neuesten Stand gebrachte (Wohn-)Küchen implementiert:

»Im Vergleich zur Gangküche der Zinskaserne mit Holz- und Kohleherd, fehlender direkter Belüftung und ohne Wasser- und Stromversorgung stellten die Küchen des sozialen Wohnbaus trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen einen Fortschritt dar: Neben Tageslicht und frischer Luft dank Fenster ins Freie verfügten sie über elektrisches Licht, Gasherde, Fließwasser und Heißwassergeräte. Die Abkehr von der unmittelbar in den Hauseingang mündenden Küche, durch die man die Wohnung betritt, bedeutete außerdem ein höheres Maß an Privatsphäre. Der nun vorhandene Vorraum diente als Schmutzschleuse ebenso wie als Pufferzone nach außen – ein Effekt, der auf eine Ver(klein)bürgerlichung des Familienlebens zielte.«⁴⁸²

478 SCHLESINGER, Therese: »Frauenarbeit und proletarische Lebenshaltung«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 3. Februar 1925.

479 Vgl. SIEDER, Sozialgeschichte, S. 219. Ferner HAGEMANN, Frauenalltag, S. 644. YAZDANPANAHI/DUMA: Die »neue Frau«, S. 294.

480 SIEDER, Sozialgeschichte, S. 220. Vgl. auch HAGEMANN, Frauenalltag, S. 642.

481 Vgl. BREUSS, Neue Küchen, S. 243. Vgl. auch FECHENBACH, Irma: »Mehr Zeit für Parteiarbeit!«, in: *Frauenstimme*, 5. Juni 1930. Sowie SIEDER, Reinhard: »Wohnen und Haushalten im Gemeindebau. Politischer Diskurs, Repräsentation, Praxis, kulturelle Folgen«, in: SCHWARZ, Werner Michael, Georg SPITALER und Elke WIKIDAL (Hg.), *Das Rote Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis*, Basel 2019, S. 234–241, hier S. 235.

482 EBD. Vgl. ferner ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 83.

Diese Innovationen hielten zwar erst ab der Mitte der zwanziger Jahre verstärkt Einzug im Alltag der Bevölkerung, dennoch waren schon die ersten ab 1921 in Wien fertiggestellten Gemeindebauten mit modernisierten und Hygiene fördernden Wohnküchen versehen, durch die eine größere Vereinbarkeit der Küchenarbeit mit der Kinderbetreuung erreicht wurde. So habe die Wohnungspolitik, wie SIEDER resümiert, nicht nur die Verbesserung der Wohnbedingungen zur Folge gehabt, sondern auch neue Standards des Familienlebens und der Haushaltsführung transportiert, die die Tendenz der Familialisierung der Arbeiterschaft in qualitativer Hinsicht entscheidend bestimmten.⁴⁸³ Hierzu trugen schließlich auch die günstigen Mietpreise bei, die den Bewohnern eine längerfristige Wohnperspektive eröffneten. Die Mietwohnung war keine »temporäre Unterkunft« mehr und galt den Arbeiterfamilien als »Heimat«, in deren Ausgestaltung zunehmend investiert wurde.

Von der zeitgenössischen Idee des Taylorismus ausgehend, die auf die Rationalisierung des industriellen Betriebs zielte, waren die sozialdemokratischen Modernisierungsbestrebungen im Wohnbau und der zunehmende Trend zur Rationalisierung des Familienalltags in erster Linie auf den Einzelhaushalt ausgerichtet. Diskutiert wurde aber auch ein weitergehendes Konzept, das die von SCHLESINGER und anderen Sozialdemokratinnen geforderte Auflösung bzw. Auslagerung der einzelnen Hauswirtschaft vorsah. Bereits um die Jahrhundertwende entwickelten Vertreterinnen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Emanzipationsbewegungen das Kollektivmodell »Einküchenhaus«, dem die Idee zugrunde lag, alle Koch- und Reinigungsarbeiten zentral zu organisieren.⁴⁸⁴ Einen anschaulichen Überblick über das Konzept lieferte die Sozialdemokratin Lily BRAUN (1865–1916) in ihrem Essay »Frauenarbeit und Hauswirtschaft«:

»In einem Häuserkomplex, das einen großen, hübsch bepflanzten Garten umschließt, befinden sich etwa 50 bis 60 Wohnungen, von denen keine eine Küche enthält [...]. An Stelle der 50–60 Küchen, in denen eine gleiche Zahl Frauen zu wirtschaften pflegt, tritt eine im Erdgeschoss befindliche Zentralküche, die mit allen modernen arbeitsparenden Maschinen ausgestaltet ist. Giebt es doch schon Abwaschmaschinen, die in drei Minuten zwanzig Dutzend Teller und Schüsseln reinigen und abtrocknen! Vorrathsaum und Waschküche, die gleichfalls selbstthätige Waschmaschinen enthält, liegen in der Nähe; ebenso ein großer Eßsaal [...]. Die ganze Hauswirtschaft steht unter einer erfahrenen Wirtschafterin, deren Beruf die Haushaltung ist [...]. Die Mahlzeiten werden, je nach Wunsch und Neigung, im gemeinsamen Eßsaal eingenommen oder durch besondere Speiseaufzüge in alle Stockwerke befördert. Die Erwärmung der Wohnungen erfolgt durch Zentralheizung, so daß auch hier 50 Oefen durch einen ersetzt werden. Während der Arbeitszeit der Mütter spielen die Kinder, sei es im [Speise-]Saal, sei es im Garten, wo Turngeräthe und Sandhaufen allen Altersklassen Beschäftigung bieten, unter Aufsicht der Wärterin. Abends, wenn die Mutter sie schlafen gelegt hat und die Eltern mit Freunden plaudern oder lesen wollen, gehen sie hinunter in die ge-

483 Vgl. SIEDER, Sozialgeschichte, S. 218.

484 Vgl. hierzu ausführlich SCHMIDT-WALDHERR, Hiltraud: »Emanzipation durch Küchenreform? Einküchenhaus versus Küchenlabor«, in: *L'Homme* 1 (1999), S. 57–76, hier S. 58ff.

meinsamen Räume, wo sie sich die Unterhaltung nicht durch Alkoholgenuß zu erkaufen brauchen, wenn sie kein Bedürfnis danach haben.«⁴⁸⁵

Schon vor dem Ersten Weltkrieg erlebte das Einküchenhaus in Wien und Berlin seine erste Umsetzung. In der ehemaligen Habsburgermetropole entstand im Jahr 1911 mit dem *Heimhof* in Döbling das erste Zentralküchenhaus für ledige und erwerbstätige Frauen. Parallel wurden in den Berliner Vororten Charlottenburg, Lichtenfelde und Friedenau zwischen 1908 und 1912 gleich drei Einküchenhausprojekte verwirklicht, die vor allem Familien aus dem Bürgertum zugutekamen.⁴⁸⁶ Doch in Berlin war der Bestand der neuartigen Wohnhäuser nicht von langer Dauer. Obwohl die Idee des Einküchenhauses vor allem von der bürgerlichen Hausfrauenbewegung im Laufe des Krieges wieder verstärkt in die Öffentlichkeit getragen wurde, überstanden die Berliner Zentralküchenhäuser den Krieg nicht.⁴⁸⁷ Anfang der 1920er Jahre griffen einige Sozialdemokratinnen das Konzept wieder auf und forderten in Berlin und Wien den Bau gemeinnütziger Einküchenhäuser im Rahmen des städtischen bzw. staatlichen Wohnungsbaus.⁴⁸⁸ Während in Berlin trotz aller Bemühungen kein weiteres Einküchenhausprojekt realisiert werden konnte, entstand 1923 im Wiener Gemeindebezirk Fünfhaus ein zweites Zentralküchenhaus mit rund 25 Wohneinheiten. Auch in diesem Fall wurde der Bau durch die gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft *Heimhof* ermöglicht. Ein Jahr später übernahm die Gemeinde das neue Wohngebäude, das sich vor allem an berufstätige Paare und Familien richtete, und baute es auf 271 modern ausgestattete Wohnungen (mit Wasseranschluss, Kochgelegenheiten etc.) und einen Kindergarten aus.⁴⁸⁹ Das Kernstück des *Heimhofs* war die

485 BRAUN, Lily: *Frauenarbeit und Hauswirtschaft*, Berlin 1901, S. 21f.

486 Vgl. zu Berlin SETHMANN, Jens: »100 Jahre Einküchenhäuser: Gescheitertes Reformexperiment«, in: *MieterMagazin* 1+2 (2008). Im Internet unter: <https://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0108/010824.htm> (08.06.2020). Zu Wien vgl. BREUSS, *Neue Küchen*, S. 244.

487 SETHMANN zufolge ist über die Ursachen des Scheiterns wenig bekannt. Vgl. EBD. Zur öffentlichen Debatte um das Einküchenhaus in Deutschland während der Kriegszeit vgl. SCHMIDT-WALDHERR, *Emanzipation*, S. 67ff. Die überregionalen Tageszeitungen in Wien veröffentlichten während des Krieges mehrere Artikel zum Thema Einküchenhaus, wobei dessen Vorzüge vor allem für den Mittelstand hervorgehoben wurden. Vgl. »Das Einküchenhaus«, in: *Österreichische Volkszeitung*, 28. Januar 1917. »Einküchenhäuser für den Mittelstand«, in: EBD., 1. Mai 1917. »Das Einküchenhaus«, in: *Neue Freie Presse*, 11. Mai 1917. »Das Einküchenhaus«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 9. August 1917. »Einküchenhaus«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 6. Mai 1918. Auch in Berlin äußerten sich in der Presse vereinzelt Stimmen, die auf die Zweckmäßigkeit des Einküchenhauses hinwiesen. Vgl. hierzu u.a. den Beitrag der Berliner Schriftstellerin Martha von ZOBELTITZ (1872–1949), »Das Einküchenhaus«, in: *Vossische Zeitung*, 20. Mai 1919.

488 Vgl. SCHMIDT-WALDHERR, *Emanzipation*, S. 70f. Zu den wichtigsten sozialdemokratischen Vertreterinnen der Einküchenhaus-Idee gehörten Therese SCHLESINGER und Marianne POLLAK (1891–1963) in Wien und Wally ZEPLER (1865–1940) in Berlin. Auch Marie JUCHACZ gehörte zu den Befürworterinnen des Einküchenhauses. Zu SCHLESINGER vgl. ausführlich PIRHOFER, Gottfried und Reinhard SIEDER: »Zur Konstitution der Arbeiterfamilie im Roten Wien: Familienpolitik, Kulturreform, Alltag und Ästhetik«, in: MITTERAUER, Michael und Reinhard SIEDER, *Historische Familienforschung*, Frankfurt a.M. 1982, S. 326–368, hier S. 336ff.

489 Vgl. YAZDANPANA, Marie-Noëlle: »Es lebe drum. Die Frau von heute!« *Frauenpolitik im Roten Wien*, in: SCHWARZ, Werner Michael, Georg SPITALER und Elke WIKIDAL (Hg.), *Das Rote Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis*, Basel 2019, S. 50–57, hier S. 52. Sowie BREUSS, *Neue Küchen*, S. 244.

Zentralküche mit angeschlossenem Speisesaal, die durch Speiseaufzug und Telefon mit den Wohnungen verbunden war und die einzelnen Küchen ersetzte.

Das Einküchenhaus in der Pilgerimgasse blieb im Wohnbauprogramm des Roten Wien jedoch ein Einzelfall. Die Zentralisierung der Hauswirtschaft stieß sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft auf Ablehnung. Nicht nur in Berlin und Wien kritisierten Konservative und Reaktionäre die Idee des Einküchenhauses und betonten dabei seine »familienzerstörende« Wirkung.⁴⁹⁰ Auch die bürgerlichen Hausfrauenorganisationen, die nach dem Krieg intensiv über die neuen sozialen Verhältnisse der Mittelschichtfamilien diskutierten und nach Lösungen für die Mehrbelastung der bürgerlichen Hausfrauen (zunehmende Erwerbsarbeit, Wegfall des Dienstpersonals) suchten, wandten sich vom Einküchenhaus-Konzept ab.⁴⁹¹ Die Rationalisierung des Haushaltes sollte ihrer Ansicht nach durch Professionalisierung und (Selbst-)Erziehung der Hausfrauen erreicht werden. Energisch kritisiert wurde die Einküchenhaus-Idee schließlich auch von der rechten Sozialdemokratie, die in dem Konzept nichts anderes sah als eine »Kasernenmassenabfütterung« und eine »Verstaatlichung der Mutterfreuden«.⁴⁹² Hinzu kam, dass diese Wohnform mit hohen Kosten verbunden war. Für die Arbeiterbevölkerung, die hauptsächlich vom sozialen Wohnbau profitieren sollte, war das Wohnen in einem Zentralküchenhaus nicht erschwinglich. Dementsprechend konzentrierte sich das sozialdemokratische Modernisierungsprogramm und die Rationalisierung der Hauswirtschaft auf den (proletarischen) Einzel- bzw. Kleinhaushalt, wobei die ab Mitte der zwanziger Jahre in Wien entstehenden großen Wohnhausanlagen zum Teil auch mit Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Zentralwaschküchen, Bäder, Kindergärten) ausgestattet waren. Doch das Kalkül ging nicht auf: Davon abgesehen, dass der soziale Wohnbau in der Praxis den realen Bedarf nicht deckte, konnten sich die wenigsten Arbeiter die Wohnungen leisten. Noch stärker als in Wien profitierten in Berlin vornehmlich die Angestellten- und Beamtenfamilien sowie bessersituierte junge Arbeiterfamilien vom sozialen Wohnungsbau.⁴⁹³

In beiden Hauptstädten blieben die neuen Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus für den Großteil der proletarischen Mieter unerreichbar. Gleichzeitig stand die Arbeiterschaft den Rationalisierungs- und Modernisierungsbestrebungen generell skeptisch gegenüber. Dabei stieß vor allem die Idee des Einküchenhauses auf großen Widerstand. Nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch unter den Angestellten fehlte das Verständnis für das Konzept. »Ihnen erschien«, so SIEDER, »ein konventioneller Familienhaushalt, in dem die Hausarbeit von Ehefrauen geleistet wurde und der Mann als ›Haupternährer‹ das Privileg seiner persönlichen Bedienung durch die Ehefrau genoss, als die ›normale‹ und ›natürliche‹ Lebensweise.«⁴⁹⁴ HAGEMANN zufolge orientierten sich

490 Vgl. EBD.

491 Nur vereinzelte Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung glaubten weiter an eine Zukunft des Einküchenhauses und hielten in den Debatten zur Reform der Hausarbeit an dem Modell fest. Vgl. ZAHN-HARNACK, Die arbeitende Frau, S. 91. Vgl. hierzu ausführlich auch SCHMIDT-WALDHERR, Emanzipation, S. 69f. und S. 73.

492 Vgl. EBD., S. 11. Vgl. auch POLLAK, Marianne: »Die Großküche: Vorteile und Vorurteile«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 30. Mai 1926.

493 Vgl. HAGEMANN, Frauenalltag, S. 642. TORP, Konsum, S. 68.

494 Vgl. SIEDER, Wohnen, S. 234. Sowie DERS., Behind the lines, S. 134.

nur wenige, meist jüngere, nach dem Krieg gegründete Arbeiterfamilien am Leitbild der modernen Kleinfamilie und an den Rationalisierungs- und Modernisierungsvorschlägen.⁴⁹⁵ Noch kleiner sei der Kreis derjenigen Arbeiterhepaare ausgefallen, die im Alltag eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Ehe- und Familienkonstellation lebten. Für die Mehrheit der Arbeiter blieb die Familie schließlich eine hierarchisch-patriarchalisch strukturierte Arbeits- und Solidargemeinschaft. Dazu trug auch die sozialdemokratische Politik der »Familialisierung der Arbeiterschaft« bei, da diese die im bürgerlichen Familienmodell festgelegten hierarchischen Geschlechterverhältnisse reproduzierte.⁴⁹⁶

Nachdem die Arbeiter dem bürgerlichen Familienleitbild lange nachgestrebt hatten und sich nun zumindest einige wenige von ihnen in der Lage befanden, das Ideal in Ansätzen zu erreichen, wehrten sie sich vehement gegen die sozialreformerischen Eingriffe in ihr Alltags- und Familienleben. Die anti-modernistische Haltung der Arbeiter und ihre Ablehnung der Rationalisierungsmaßnahmen war, betont SIEDER, ein Teil ihres Kampfes um Selbstachtung und Identität.⁴⁹⁷ Die Aufrechterhaltung patriarchalischen Verhaltens gegenüber Frau und Kindern war der Preis für ihre Anpassung an die fremdbestimmten Arbeitsbedingungen im Betrieb. SIEDER resümiert:

»After his experience of the war and in view of the daily struggle for survival and the reduction in his ability to work, the male worker wanted to have ›his order‹ restored. And in this connection, he placed most stress on his family life, regular meals and the attentive care of his wife. [...] In the aftermath of a period of hunger and misery, he was too absorbed with making sure that his primary needs were satisfied.«⁴⁹⁸

Der verbreitete Drang zur Rückkehr zum »normalen« Familienalltag der Vorkriegszeit impliziert, dass auch dem Ritual der privat-familialen Mahlzeit weiterhin eine hohe Bedeutung beigemessen wurde. Gemäß ihren Vorstellungen vom Familienleben betrachteten die Arbeiter die tagtägliche Versorgung der Familie mit einem Mittagessen als Privatangelegenheit und Aufgabe der Frauen. Die Erfahrungen aus der Kriegszeit und den negativen Erinnerungen an die Kriegsküchen werden diese Ansicht bekräftigt haben. Für die Familien der Arbeiterschaft hatte das Essen auch in Notzeiten mehr als die bloße physiologische Subsistenzfunktion zu erfüllen.⁴⁹⁹ Das Essen sollte genussreich sein und nach Möglichkeit im Kreis der Familie eingenommen werden. Da sich aber der Alltag der meisten Arbeiterfamilien nach dem Krieg kaum von den Vorkriegsverhältnissen unterschied, waren nicht nur die männlichen Familienernährer, sondern vermehrt auch die in die öffentlichen Berufe dringenden Arbeiterinnen in der Mittagszeit auf die Außer-Haus-Verpflegung angewiesen. Diese wurde jedoch hauptsächlich »als subsidiäre Ergänzung der Familienkost«⁵⁰⁰ angesehen. Die Einnahme der

495 Vgl. HAGEMANN, Frauenalltag, S. 644.

496 Vgl. HAUCH, Gabriella: »... da war Wien und da war das restliche Österreich – Anmerkungen zu den Geschlechterverhältnissen im Roten Wien«, in: KONRAD, Helmut und DIES., Hundert Jahre Rotes Wien. Die Zukunft einer Geschichte, Wien 2019, S. 53–77, hier S. 66 und S. 76.

497 Vgl. SIEDER, Sozialgeschichte, S. 221.

498 SIEDER, Behind the lines, S. 134.

499 Vgl. TORP, Konsum, S. 66.

500 TANNER, Fabrikmahlzeit, S. 219.

familiären Mahlzeit fand, wie schon in der Vorkriegszeit bei vielen Arbeiterfamilien üblich, am Abend statt.⁵⁰¹ Ein ähnlicher Trend dürfte nach dem Krieg auch häufiger im Familienalltag des Mittelstandes zu beobachten gewesen sein. In den Mittelstandsfamilien, die auf den Verdienst mehrerer und vor allem auch weiblicher Familienmitglieder angewiesen waren, hat die Außer-Haus-Verpflegung nach dem Krieg zwangsläufig eine größere Rolle als in der Vorkriegszeit gespielt.⁵⁰²

Die städtischen Gemeinschaftsküchen der WÖK waren eine Antwort auf die mit der weiblichen Erwerbsarbeit verbundenen Probleme der familiären Alltagsorganisation. Ohne den familiären Mittagstisch ersetzen oder das Ende des heimischen Herdes einläuten zu wollen, zielte die Gemeinschaftsküche – zumindest mit Blick auf die Mittagsstunde – auf eine Erleichterung des Alltags. Mit ihrer stadtweiten Verteilung und ihrer rationellen Wirtschaftsführung war sie für die Wiener nicht nur schnell erreichbar und erschwinglich, sie versorgte auch die Kinder in den Schulen. Welche Entwicklung die WÖK einmal nehmen würde, war für die Sozialdemokraten während der ersten Nachkriegsmonate nicht absehbar. Aber sie erkannten lange bevor sie die Massenverpflegungspolitik selbst gestalten konnten, dass der Krieg den Gedanken der Gemeinschaftsverpflegung voranbrachte und einen für die sozialdemokratische Politik hilfreichen Modernisierungsprozess im Alltagsleben der Menschen unterstützte. Im Vergleich zur Vorkriegszeit waren nach 1918 sehr viel mehr Menschen mit der Gemeinschaftsküche vertraut und eine Vielzahl von ihnen weiterhin auf Angebote der Außer-Haus-Verpflegung angewiesen. Die Rationalisierungspolitik des Roten Wien, die darauf abzielte, einen »Neuen Menschen« – den »Gemeinschaftsmenschen« – zu formen, baute auf dieser Entwicklung auf. Die Förderung der Gemeinschaftsverpflegung war Teil eines großangelegten Projekts des *Social Engineering*. So, wie die neu errichteten Gemeindebauten nicht nur die akute Wohnungsnot linderten, sondern auch »als architektonische Verwirklichung pädagogischer und zivilisatorischer Ideale«⁵⁰³ dienten, sollte auch die Großküche nicht allein eine Fürsorgeeinrichtung sein. Sie sollte vielmehr ihren Fürsorgecharakter ablegen und langfristig als moderne, alltagserleichternde Einrichtung zu einem effizienten, rationellen Wirtschaften und gesundem Leben im »Neuen Wien« beitragen.

Den Wiener Sozialdemokraten gelang es, die WÖK-Küche als günstige und gesundheitsfördernde Alternative zum Wirtshaus im Alltag vieler werktätiger Wiener zu etablieren. Sie schafften es jedoch nicht, alle Bevölkerungskreise gleichermaßen für das Verpflegungsangebot zu gewinnen. So beklagte die Sozialdemokratin und engagierte Alkoholgegnerin Marianne POLLAK die mäßige Frequentierung der WÖK-Küchen in den Wiener Arbeiterbezirken:

501 Vgl. PIRHOFFER/SIEDER, Zur Konstitution, S. 339f. Vgl. ferner LEONHÄUSER, Ingrid-Ute et al.: Essalltag in Familien. Ernährungsversorgung zwischen privatem und öffentlichem Raum, Wiesbaden 2009, S. 28.

502 Vgl. HÖRANDNER, Zur Rolle, S. 87f.

503 OPRATKO, Benjamin und Stefan PROBST: »Sozialismus in einer Stadt?«, in: *Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis* (2011). Im Internet unter: <https://www.linksnet.de/artikel/26886> (12.11.2020).

»Während in einer ganzen Reihe von Speisehäusern der Gesellschaft in nichtproletarischen Stadtteilen [...] ein solcher Andrang herrscht, daß während der ›starken Stunden‹ von zwölf bis eins die Neukommenden hinter den Sesseln der Essenden angestellt warten, bis diese, nach den letzten Bissen im Mund, ihnen den Platz räumen, bleibt zum Beispiel in Ottakring in der Küche am Richard-Wagner-Platz der eine und der andre Tisch ganz unbesetzt. Lehrer, Magistratsbeamte, kleine Angestellte, Verkäuferinnen füllen auch dort den Saal. Mitten im Herzen von Ottakring ist kaum ein Drittel der Besucher Arbeiter!«⁵⁰⁴

Trotz der günstigen Speisepreise konnte und wollte es sich ein erheblicher Teil der Wiener Arbeiterschaft nicht leisten, »in der WÖK« Essen zu gehen.⁵⁰⁵ Wenn sie außer Haus aßen, dann zogen viele Wiener Arbeiter zur Mittagszeit das Essen mit einem »Krügel Bier« im Wirtshaus vor. Gleichzeitig aber nahmen immer mehr Angehörige der »unwirtschaftlichen« Ein-Personen-Haushalte das städtische Speiseangebot in Anspruch.⁵⁰⁶ Auch wenn die Arbeiterschaft sich nur im geringen Maß von der alkoholfreien WÖK angesprochen fühlte, hatte die kommunale Großküche spätestens seit dem Verschwinden der Versorgungsnot ab Mitte der 1920er Jahre ihren bis dahin dominierenden Notfürsorgecharakter abgelegt. Anders als in Berlin, wo die Stadtküchen ausschließlich einen Fürsorgezweck erfüllten, gelang es den Wiener Sozialdemokraten mit ihrer Massenverpflegungspolitik, eine aus ihrer Sicht rationelle und gesunde Lebensweise in Teilen der Wiener Bevölkerung zu fördern.⁵⁰⁷

504 POLLAK, Marianne: »Die Küche der arbeitenden Menschen«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 13. Juni 1926.

505 Vgl. HÖRANDNER, Zur Rolle, S. 88.

506 Vgl. POLLAK, Marianne: »Die Küche der arbeitenden Menschen«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 13. Juni 1926.

507 Vgl. EBD. Sowie »Der häusliche Herd kommt aus der Mode«, in: *Der Morgen*, 14. Dezember 1931.

